

Antworten der SPD auf die Wahlprüfsteine zum Themenkomplex „Gleichstellung“

Öff. Raum/Stadtentwicklung

Wie stellen Sie sicher, dass die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen bei der Bauleitplanung und Stadtentwicklung berücksichtigt werden (z.B. kurze Wege, dezentrale Infrastruktur, Barrierefreiheit / Behindertengerechtigkeit, Reduzierung von Angsträumen)?

Barrierefreiheit ist in der Planung öffentlicher Gebäude immer zu berücksichtigen. Die Baugebiete sind schon aus Platzgründen (möglichst schonender Flächenverbrauch) so entwickelt, daß möglichst viele Baugrundstücke bei optimierter Wegeführung erschlossen werden. Dadurch ergibt sich kein großflächiger dunkler Raum.

Was halten Sie von verbindlichen Vorgaben für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen, damit auch die Verdienste von Frauen sichtbar gewürdigt werden?

Der SPD Kreisverband hat am 24.11.2018 den Beschluss gefasst, dass Straßennamen paritätisch zu vergeben sind. Diesen wollen wir auch in Jülich umsetzen.

Kinderbetreuung/Bildung

Wie wollen Sie die Versorgung mit kostengünstigen Ferien- und Förderangeboten für Schulkinder weiter ausbauen?

Die öffentlichen Einrichtungen wie Stadtbücherei, Musikschule, VHS, Schwimmbäder und der Brückenkopfpark sind wichtig zur Förderung der Schulkinder. Diese gilt es weiter auszubauen und zu fördern.

Der Brückenkopfpark bietet bereits Ferienfreizeiten an. Jülich ist kreisweit auch durch andere Angebote vergleichsweise gut aufgestellt, hat aber sicherlich noch Erweiterungspotential.

Wie wollen Sie die Förderung von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund verstärken?

Mit kostenlosen oder vergleichsweise kostengünstigen Angeboten für alle Bürgerinnen und Bürgern soll die Möglichkeit zur Teilhabe gesichert werden.

Wohnen

Wie wollen Sie die Anstrengungen für mehr finanzierbaren Wohnraum verstärken, der insb. von Alleinerziehenden, Allein- und Geringverdienenden sowie Frauen mit kleiner Rente oder geringem Einkommen gebraucht wird?

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist eines unserer zentralen Anliegen. Die SPD Jülich hat Wohnungsbauunternehmen an einen Tisch gebracht, um sich über Fördermöglichkeiten bei öffentlich gefördertem Wohnungsbau zu informieren. Wir haben eine verbindliche Quote für öffentlich geförderten Wohnraum in jedem Jülicher Baugebiet gefordert, was leider von allen anderen Fraktionen im Rat abgelehnt wurde. Es wurden zwischenzeitlich mehrere Bauvorhaben umgesetzt. Aus unserer Sicht muss da zum einen mehr kommen und städteplanerisch muss bezahlbarer Wohnraum flächendeckend und nicht nur punktuell geschaffen werden.

Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um die Verteilung von Wohnraum bedarfsgerechter zu gestalten und innovative Wohnraumprojekte zu fördern?

Die Vermietung liegt überwiegend in privater Hand. Durch gezielte Förderung von Projekten mit bezahlbarem Wohnraum kann die Stadt mittelbar auf die Mietpreisentwicklung Einfluss nehmen. Wichtig ist aus unserer Sicht auch die Verdichtung von Wohnraum durch Lückenschlüsse in der Bebauung sowie die Sanierung bestehender Altgebäude, zum einen aus energetischer Sicht zum anderen zur Vermeidung von unnötigem Flächenverbrauch.

Gewalt

Wie wollen Sie sicherstellen, dass es dauerhaft ausreichend Beratungs- und Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen gibt?

Die SPD Fraktion hat sich stets federführend dafür eingesetzt, daß trotz aller Sparzwänge die städtischen Zuschüsse für Frauen helfen Frauen, die hervorragende und immens wichtige Arbeit leisten, von der Stadt weiter gezahlt werden.

Plant Ihre Partei Maßnahmen zur Bekämpfung von Sexismus, sexualisierter Gewalt und gruppenbezogener Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und Sexualität?

Das sind Themen, die man auf Bundesebene einheitlich klären muss. Wir als SPD positionieren uns deutlich gegen Sexismus. Auf unser Bestreben wurde die Ehe für alle eingeführt. Uns ist jedoch bewusst, dass es auf diesem Gebiet noch viel zu tun gibt.

Sieht Ihre Partei auch einen Bedarf für qualifizierte Männerberatungsangebote?

Es ist erwiesen, dass auch Männer Gewalt ausgesetzt sind. Dieses Thema allerdings tabuisiert wird. Ein Männerberatungsangebot halten wir für sinnvoll.

Welchen Beitrag leistet Ihre Partei, damit es ausreichend medizinische Behandlungsmöglichkeiten und Beratungsangebote bei Schwangerschaftskonflikten gibt?

Auch dieses Thema ist auf Bundesebene zu entscheiden. Wir als SPD haben dafür gekämpft, den § 219a BGB ersatzlos zu streichen. Der Körper der Frau gehört nur ihr selbst.

Repräsentanz von Frauen

Was tun Sie, damit Frauen und Männer gleichberechtigten Zugang zu Kandidaturen bei der Kommunalwahl haben?

Wir können mit Fug und Recht für uns in Anspruch nehmen, Frauen und Männern gleichermaßen Zugang zu Kandidaturen bei der Kommunalwahl zu gewähren. Unsere Reserveliste ist alternierend nach Frauen und Männern aufgestellt. Auch im Vorstand unseres Ortsvereins haben wir auf eine Ausgewogenheit geachtet. So wird unser Vorstand von einer Vorsitzenden geführt, die zu ihrer Stellvertretung eine Frau und einen Mann hat. Unsere Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) ist sehr aktiv und ebenfalls im Vorstand vertreten.

Wie stellen Sie sicher, dass die Partizipation der verschiedenen Bevölkerungsgruppen (u.a. Alter, Herkunft) ermöglicht wird?

Unser Team für die Kommunalwahl ist eine ausgewogene Mischung von Frauen und Männern verschiedenster Herkunft, Altersklassen, Berufsgruppen.

Gibt es Konzepte Ihrer Partei, um den Frauenanteil im Rat zu erhöhen? Wenn ja, was planen Sie konkret?

Von unseren derzeit neun Ratsmitgliedern sind vier Frauen. Zwei Frauen sind sowohl stellvertretende Fraktionsvorsitzende als auch Sprecherinnen unserer Fraktion in Fachausschüssen. Zum Vergleich: Im ganzen Rat mit 40 Mitgliedern gibt es insgesamt nur neun Frauen (CDU 1, Jül 2, Grüne 2, SPD 4). Unsere Reserveliste für die Kommunalwahl 2020 wird von einer Frau angeführt, so dass alle ungeraden Plätze mit Frauen belegt wurden, soweit wir Kandidatinnen auf der Liste haben (7 insgesamt)

Was unternehmen Sie, damit bei Auszeichnungen (z.B. Preise, Orden, Denkmäler) herausragende Frauen angemessen berücksichtigt werden?

Bei der Verleihung der Jülicher Klippe durch die SPD finden sich unter den Preisträgern sowohl Frauen als auch Männer. In unserem Entscheidungsgremium für die Preisträger sitzt auch immer eine Vertreterin der AsF. Unser Mitglied Gerta Mojert hat sich massiv dafür eingesetzt, daß den Jülicher Trümmerfrauen, die nach dem Krieg die Stadt maßgeblich wieder mit aufbauten, ein Denkmal gesetzt wurde.

Befürworten Sie die Einführung einer Quote für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen von Jülicher Beteiligungsgesellschaften? Wenn ja, wie werden Sie sich dafür einsetzen?

Eine Quote in Aufsichtsräten wäre sinnvoll. Dazu müssten aber zunächst einmal die anderen Parteien dafür sorgen, daß mehr Frauen in den Rat kommen, die diese Funktionen dann ausüben können. Bei der Verteilung der Aufsichtsratsposten, die der SPD Fraktion zustehen, achten wir darauf, dass sowohl Frauen als auch Männer gleichermaßen bedacht werden. Aufsichtsräte der Jülicher Gesellschaften arbeiten übrigens rein ehrenamtlich ohne Aufwandsentschädigung.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, Vorgaben des Landesgleichstellungsgesetzes in die Satzungen der städtischen Tochterunternehmen und Beteiligungsgesellschaften aufzunehmen, wie in § 2 Abs. 2 LGG NRW geboten?

Die gesetzgeberischen Ziele des LGG sollten ein Leitfaden für alles Verwaltungshandeln sein, einschließlich der Gestaltung von Gesellschaftsverträgen.

Übergreifendes

Was versteht Ihre Partei unter einer geschlechtergerechten Mittelverwendung im städtischen Haushalt? Was planen Sie, wie eine solche Mittelverwendung umgesetzt werden soll (z.B. Gender Budgeting)?

Bei der Mittelverwendung achten wir im Allgemeinen darauf, dass nicht einzelne Personengruppen überproportional bevorteilt bzw. benachteiligt werden. Im besten Fall werden Projekte umgesetzt, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen.

Welche Bedeutung messen Sie dem Ziel Nr.5 (Gender Equality) der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) für die Stadt Jülich bei?

Auch in Jülich sind wir leider von einer Geschlechtergleichstellung entfernt. Wir brauchen mehr Frauen in der Politik, aber auch mehr Männer, die eine Gleichstellung von Mann und Frau umsetzen wollen. Nur zusammen können wir eine Gleichberechtigung erreichen.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, kommunalen MandatsträgerInnen mit Familienverpflichtungen die Teilnahme an Sitzungen zu ermöglichen?

Sitzungen kommunaler Gremien finden in aller Regel am frühen Abend statt. Aus Erfahrungen unserer Fraktion - wir haben mehr Frauen in der Fraktion als alle anderen - gibt es da weniger spezifische Probleme, zumal die Fragestellung intendiert, daß sich ausschließlich Frauen um die Kindererziehung kümmern. Mehrere Mitglieder - männlich wie weiblich - unserer Fraktion haben ihre Kinder auch schon zu Fraktions- oder Ausschusssitzungen mitgebracht. Allerdings wäre ein Kinderbetreuungsangebot zu begrüßen, um Eltern die Teilhabe an Politik zu vereinfachen.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Bürgerinnen und Bürger mit Familienverpflichtungen städtische Dialog-Veranstaltungen und Beteiligungsangebote auch wahrnehmen können (Kinderbetreuung, attraktive Online-Formate, ...)?

Städtische Dialogveranstaltungen werden sowohl als Präsenztermine - idR abends oder am Wochenende - als auch Online durchgeführt.

Wie stehen Sie zur Erweiterung eines bestehenden Ratsausschusses um das Thema Gleichstellung?

Die Gleichstellungsbeauftragte ist bei allen Fragen dieses Themenbereiches zu beteiligen - egal welcher Ausschuss betroffen ist - und hat auch ein Anwesenheitsrecht in den

entsprechenden Ausschusssitzungen. Insoweit bedarf es nicht unbedingt der Erweiterung eines Ausschusses.